

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8857.

Dienstag, 1. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Einigung aller Arbeiter als Klassenkämpfer.

Die politischen Ereignisse in Deutschland können nicht isoliert betrachtet werden von den großen wirtschaftlichen Bewegungen, die die deutsche Republik in den letzten Monaten und Wochen erschütterten. Eine ununterbrochene Welle von Streiks und Ausperrungen flutete durch das Land. Die Gegensätze zwischen Proletariat und Kapital erscheinen wesentlich verschärft. Das zeigt die Zähigkeit und Festigkeit, mit der auf Seiten des Unternehmertums wie der des Proletariats in all diesen lokalen Konflikten gekämpft wurde und noch wird.

Das Ziel der Unternehmer in fast all diesen Kämpfen war, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter durchzusetzen. Man begann mit kleinen Attacken, mit Schikanen gegen Betriebsräte und mit Versuchen, das Alford- und das Prämienystem wieder einzuführen. Als Endziel haben sich die Unternehmer die Durchbrechung des Achtstundentages gesetzt. Fast bei all diesen Kämpfen wurde die Arbeiterschaft geschlagen. Die Bewegungen der Arbeiterschaft der verschiedenen Industrien, wie wir sie in den letzten Wochen zu verzeichnen hatten, breiteten sich nicht über den Bereich lokaler Konflikte hin aus. Es fehlte an der Geschlossenheit des Vorgehens in der Arbeiterfront. Die Unternehmer dagegen gingen einseitlich und nach einem ganz bestimmten Plan vor. So hatte das Proletariat eine ganze Anzahl lokaler Niederlagen bei diesen Kämpfen zu verzeichnen. Schuld daran war, daß die deutsche Arbeiterschaft vor allem infolge der mangelnden Einsicht der Gewerkschaftsbürokratie in ihrer Gesamtheit passiv blieb und die an einzelnen Orten kämpfenden Klassengenossen nicht unterstützte.

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Offensive der Unternehmer geht der Versuch des in sich einigen Unternehmertums, sich auch die politische Grundlage für durchgreifende Erfolge gegenüber der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Die heutige Losung der kapitalistischen Bourgeoisie, der Ruf nach der großen Koalition ist vor allem auch in diesem Sinne zu verstehen.

Die gesamte bürgerliche Presse, einschließlich eines Teils der Zentrumszeitungen, ja auch der sozialdemokratischen hat schon vor langem einen Propagandafeldzug für die große Koalition begonnen. Das Großkapital wird als Retter des Vaterlandes angepriesen. Nur eine Regierung, in der die Großindustrie ausschlaggebend sei, würde imstande sein, so heißt es, die wirtschaftlichen und außenpolitischen Schwierigkeiten zu beheben und Deutschland wieder zu Glück und Wohlstand zu verhelfen.

Das hinter all den schönen Worten über das Wohl des Vaterlandes nur die ganz realen nackten Profitinteressen des Unternehmertums stecken, wird nachgerade wohl allen Arbeitern ganz klar bewußt geworden sein. Aber da die deutsche Arbeiterschaft wie bei den wirtschaftlichen Kämpfen auch bei den politischen sich bisher noch nicht hat ausreifen können, zur Bildung einer einheitlichen Abwehrfront gegen die wirtschaftliche und politische Offensive der Ausbeuter, glaubt sich die Bourgeoisie bereits dicht vor der Erreichung ihres mit allen Mitteln angestrebten Zieles. Immer wieder muß dabei betont werden, wie stark der östliche Beschluß der SPD. und die Bereitschaft der Unabhängigen, mit den Trabantten der Deutschen Volkspartei eine Koalition einzugehen, die Grundlage für eine Sammlung

der gesamten deutschen Arbeiterklasse erschüttert hat. Das Verhalten der beiden sozialdemokratischen Parteien rückt die ungeheuer große Gefahr in Sichtweite, daß ein bedeutender Teil der deutschen Arbeiterschaft der scheinflughen Taktik ihrer Führer folgend, den Diktaturgelüsten des Kapitals dienlich gemacht würde.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß durch die Lösung, die die Regierungskrise vorläufig gefunden hat, diese Gefahr nicht gebannt worden ist. Die Neußerungen Stegerwalds, zeigen das in aller Deutlichkeit. Auch Reichsfinanzminister Wirth hat gestern in einer Wahlrede in Karlsruhe ganz klar ausgesprochen, daß er sich und sein Kabinett nur als Vorläufer der großen Koalition, der Regierung der Mitte, betrachte. Er erklärte, sein politisches Ziel sei jener Bund der Mitte, der schon in der Nationalversammlung das Zusammenarbeiten von Besitz und Arbeit ermöglicht habe. Zusammenführen, nicht trennen, müsse die Losung sein. Die Koalition der Mitte von Scheidemann bis Stresemann sei ein schönes und erreichbares Ziel, dem er selbst gern seine Person geopfert hätte.

Das Gebot der Stunde ist die Zusammenschau von Besitz und Arbeit in jenem jahraufende alten christlichen Geiste der Annäherung aller Kreise und Stände, der uns allein befähigt, den bornenbollen Weg zur Rettung unseres Volkes zu gehen.

Ähnliche Worte fand in einer Rede in Frankfurt der demokratische Wiederaufbauminister des ersten Kabinetts Wirth, Dr. Rathenau. Auch Rathenau erklärte:

„Ich halte den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition für notwendig und sehe in der Zurückhaltung ein tatsächlich vielleicht kluges Manöver, das aber dem Dienst am Volke nicht entspricht.“

Im übrigen kein Wort über die grenzenlosen Räte, in die die deutsche Arbeiterschaft gestürzt ist, vielmehr nur die Forderung, man müsse für den Schutz des Mittelstandes sorgen, denn aus ihm kämen unsere Intelligenzen.

Es ist wahrscheinlich, daß Rathenau wieder als Wiederaufbauminister in das Kabinett eintritt. Die Stinnesregierung ist auf dem Marsche. Sie marschiert unter dem Banner: Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit.

Wir Kommunisten wissen, daß bei einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit die Arbeiterschaft der leidtragende Teil sein wird. Wir wissen aber auch, daß trotz des Widerstrebens der sozialdemokratischen Massen, ihre Führer noch immer der Bildung der großen Koalition, die der Ausdruck jener von Wirth geforderten Zusammenschau von Besitz und Arbeit wäre, geneigt sind. Der Weg, den die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer noch nicht verlassen haben, führt das deutsche Proletariat ins tiefste Elend, gleich groß dem der frühkapitalistischen Zeit. Aufwärts wird der Weg der deutschen Arbeiterschaft nur dann gehen können, wenn sie in ihrer Gesamtheit jede Koalition mit der Bourgeoisie ablehnt, wenn sie sich sammelt zum entschlossenen Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche und politische Offensive des Großkapitals. Sammlung auf dem Boden des Klassenkampfes, das ist das Gebot der Stunde!

Die französische Kammer bewilligt 7 Millionen Franken für die Hungernden in Rußland.

Paris, 28. Oktober.
Die Kammer nahm heute Vormittag den Gesetzentwurf an, durch den ein Kredit zur Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung Rußlands eröffnet wird. Der Kredit soll in Höhe von 7 Millionen Franken gewährt werden, und zwar eine Million in Geld, und 6 Millionen in Naturalieferungen.

Generalfreilich für Sacco und Vanzetti.

(EE) Washington, 28. Oktober.
Die Arbeitergewerkschaften von Massachusetts beschloßen heute nachmittags zugunsten der verurteilten Kommunisten Sacco und Vanzetti einen zwölfstündigen Generalfreilich.

Lehrerstreik in Jansbrud.

(EII) Jansbrud, 30. Oktober.
Die Lehrerschaft von Jansbrud und Hötting streikt seit gestern vormittag, weil die Landesregierung die Gleichstellung mit den Staatsbeamten nicht bewilligt hat und mit der Auszahlung der Teuerungszulage sich im Rückstand befindet.

Der Streik in Nordfrankreich geht weiter.

Die Meldungen, daß die nordfranzösischen Textilarbeiter ihren Kampf abgebrochen hätten, bestätigen sich nicht. Vielmehr geht — wie uns aus Paris gemeldet wird — der Streik in den großen nordfranzösischen Industriezentren

Roubaix und Courcoing ungebrochen weiter, und die Arbeiter denken an keine Kapitulation. Nur in Lille haben die Textilarbeiter sich bereit erklärt, für niedrigere Löhne die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verrat amerikanischer Gewerkschaftsführer.

(EII) Chicago, 29. Oktober.
Die Vertreter der Eisenbahngewerkschaften haben eine Kommission ernannt zwecks Aufstellung einer Mitteilung, durch die der Streik abgesetzt wird.
Was wir befürchtet haben, ist eingetreten. Die Gewerkschaftsführer haben trotz der günstigen Situation den Streik abgesetzt, d. h. die Eisenbahner an die Unternehmer ausgeliefert. Wir wissen noch nicht, auf Grund welcher Abmachungen die Abgabe des Streiks erfolgte; aber es ist nicht daran zu denken, daß die amerikanischen Eisenbahnmagnaten kampflos auf ihre Forderung des Lohnabbaus verzichten.

In England steigt die Welle der Arbeitslosigkeit.

Nach einer Meldung des „Daily Herald“ ist die Zahl der Arbeitslosen in England in der vorletzten Woche um 8000 gestiegen.
Die Lage in der Eisenbahnindustrie in England wird immer schlimmer. So schreibt der „News Statesman“: Anfang voriger Woche gab es 175 000 Arbeitslose und in den letzten Tagen sind viele Bergwerke geschlossen worden. Nur 5 Prozent der Bergleute, die noch arbeiten, haben mehr als drei Tage in der Woche zu arbeiten. Die Bergwerksführer haben bereits die Möglichkeit von Unruhen in Aussicht gestellt.

Die Schandtaten der Schupo im Märzsturm.

Furchtbare Einzelheiten durch Augenzeugen vor dem Untersuchungsausschuß befundet!

Schwer war es den bürgerlichen Herrschaften im Untersuchungsausschuß für Mitteldeutschland im Landtage geworden, nach den Anklagen wider die Kommunisten und den Lobreden auf Göring und seine grüne Polizei nun auch die Erörterung der schmachvollen Mißhandlungen und entsetzlichen Greuelthaten zuzulassen, die von Angehörigen der Göringstruppen bei der blutigen Niederschlagung des proletarischen Abwehrkampfes begangen worden waren. Vielleicht hatten die Ruchlosen der rechtssozialistischen Provokations- und Niederschlagungsmethode keine Ahnung von dem Umfang und der Grausamkeit jener Verbrechen, denen so viele unschuldige Arbeiter zum Opfer fielen. Vielleicht wußten sie nichts von der erblosen Kette unmenschlicher, in diebischen Einzelheiten aus Sabotische grenzenden Menschenquälereien, in denen die grüne Soldateska der Rache der Militaristen und ihrer kapitalistischen Auftraggeber hemmungslos die Jügel schloßen ließ, genau wie in Berlin im Jahre 1919, als der „Lichtenberger Polizeimord“ die gewünschten Erfolge in Hunderten von Proletariatsleichen gezeitigt hatte. Und nun, da die Aufdeckung der Sippschandtaten doch nicht mehr abzuweisen war, saßen sich Abgeordnete, die unter dem Vorwand, daß der Untersuchungsausschuß lange genug getagt habe, ihre Hand boten, um die bürgerlichen Welt wie ihren rechtssozialistischen Verteidigern gleich unangenehme Enthüllungen über die „Schandtaten“ der Schupo in Mitteldeutschland zu verhindern. Koch dazu waren es Zentrumsleute, Vertreter der Partei „des Ausgleichs“, der „Versöhnung der Massen“, der „Wahrheit und der christlichen Nächstenliebe“, die so plötzlich die Ueberflüssigkeit weiterer Beweiserhebungen entdeckten. Aber der Versuch, die Wahrheit zu bergewaltigen, wo sie gegen die Feinde der Arbeiter sich wendete, wurde abgeschlagen. Und wenn auch schließlich vom Untersuchungsausschuß nur zwei Tage in Aussicht genommen wurden, um die Greuelthaten der Schuppelizei zu erörtern, so muß man schon nach dem Ergebnis des ersten Tages, nach der Erörterung der schrecklichen Menschenquälereien und der standrechtlichen Erschießungen in Bischofsrode, Schraplau und Leuna sagen: Unmöglich kann ein Untersuchungsausschuß, der unparteiisch die Wahrheit über die Märzkämpfe insbesondere ihrem Verlauf und ihre Folgen ermitteln soll, sich lediglich mit der Ausnahme von Beispielen, mit Klarstellung und Erörterung nur der ärgsten Gemeinheiten begnügen. Gerade jetzt, da ihm die Zeugenvernehmungen am Donnerstag gezeigt haben, wie unermesslich groß der Berg von Verbrechen ist und wie abgrundtief der Sumpf von Verkommenheit und Unmenschlichkeit auf Seiten unserer Gegner, angesichts dieser Sachlage erscheint es uns vollkommen unmöglich, die Verhandlungen abzukürzen oder einzuschränken. Die Wahrheit muß in allem ans Licht des Tages, gerade hier, wo mehrlose Gefangene von Bewaffneten bis aufs Blut mißhandelt, gequält, gepeinigt wurden, wo Dutzende von Morben begangen worden sind von Drauzen des Staates, die berufen sind, Recht und Gesetz zu schützen. Wir fordern unsere Genossen im Untersuchungsausschuß und die kommunistische Fraktion des Landtages auf, den Ausschluß darauf aufmerksam zu machen, daß er sich zu einem Vertuschungsabenteuer, wenn nicht gar zur Schutzgarde von Verbrechern herabwürdigte, falls er den Erörterungen zur Aufklärung der Grausamkeiten auf Seiten der Schuppelizei nicht mindestens das gleiche Interesse und dieselbe Zeit zuwenden würde, wie dem lächerlichen Frosch-Mäusekrieg zwischen Cevering und Göring und der Reaktion.

Was in den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses am Donnerstag über die standrechtlichen Erschießungen in Bischofsrode, Schraplau und im Leunawerk, sowie über die Mißhandlungen im Hölken-Silo des letztgenannten Werkes ausgesagt worden ist — und zwar von allen Zeugen entweder mit Ruhe und Bestimmtheit oder mit der Leidenschaftlichkeit des selbst Gequälten — das werden wir unseren Lesern und der Öffentlichkeit in einem ausführlicheren Berichte unterbreiten. Es sei nur an Tatsächlichem hervorgehoben,

daß die 8 bei Bischofsrode standrechtlich erschossenen Arbeiter sich waffenlos als Gefangene in den Händen der Schupo befunden haben; daß sie ohne Feststellung ihrer Personnamen, bereits wenige Minuten nach der Festnahme, niedergewallt wurden und daß einem der Erschossenen Schuhe und Lederhandschuhe von den Führern gezogen und durch die Schupo gestohlen worden sind.

An der Ermordung der sechs Arbeiter in Schraplau besteht jetzt ebenfalls noch der geringste Zweifel. Einer, der auch bereits dem Tode geweiht schien, ein unabhängiger Konsumvereinstagerhalter, bezeugte, innerlich erregt die entscheidlichen Stunden und die Qualen, die die Gefangenen ausstehen mußten, ehe man

se ermpfand. Ein Fuhrmann, bürgerlicher Gestalt, hat die furchtbaren Schmerzensschreie der Opfer aus dem Kalkofen über große Entfernung gehört. Viele andere Zeugen hörten die Schüsse knallen, nach denen man die Leichen der erschossenen Arbeiter aufnahm. Und der Arzt, der die Leichen auf die Todesursache zu untersuchen hatte, bezeugte nicht nur, daß fast alle mehrere Schüsse aufwiesen, sondern daß an der Leiche des Arbeiters Pöhlitz nach erfolgter Erschießung durch Ober- und Unterleiber hindurch aufschneidend mit einem Messer die Bauchdecke in der Leistengegend zerschnitten und die Gedärme mit Gewalt herausgezogen worden waren.

Vom Deunawerl haben eine Reihe Augenzeugen nicht nur die bliesischen Menschenquälereien des Tag und Nacht prägelnden Oberwachmeisters Heim von der Düsseldorf'scher Schuttpolizei in allen Einzelheiten bestätigt, namentlich die Grausamkeiten an einem Gefangenen aus Gröbers, sondern auch die Erschießung von elf Arbeitern, die man nach der Einnahme des Werkes waffellos gefangen genommen hatte. Einem Arbeiter, bei dem eine Pistole gefunden wurde, wurde auf der Stelle mit dem Gewehrkolben der Schadel eingeschlagen, ein anderer wurde durch die Schuttpolizei gedrungen, sich selbst durch einen Revolverkugeln in die Schläfe zu töten, ein dritter Arbeiter, dem man das Gleiche zugemutet hatte und der sich weigerte, Selbstmord zu begehen, ist mit Gewehrkolben zu Tode geschlagen worden. Sanitätern, die sich um die Verwundeten bemühen wollten, hat man unter Drohungen gehindert, dies zu tun.

Eine eingehende Untersuchung zur Aufklärung aller in Mitteldeutschland durch die Schuttpolizei verübten Gewalttätigkeiten und Verbrechen durch den Ausschuss des Landtages ist auch deshalb unbedingt erforderlich, weil die Staatsanwaltschaften und Gerichte in der Verfolgung von Anzeigen und in der Ermittlung der Täter vollkommen versagen. Trotzdem die vor dem Ausschuss gemachten Zeugenaussagen in den meisten Fällen schon längst feststehende Befundungen von Augenzeugen sind, die von untern Gerichten Rechtsanwältigen Hegewisch in Anzeigen an die Strafverfolgungsbehörden niedergelegt waren, hat man von allen Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss hören müssen, daß sie noch niemals zu einer gerichtlichen Vernehmung aufgefordert worden sind. Untere Justiz, die viele Hunderte, zum Teil ohne ein geordnetes Gerichtsverfahren und unter Ausschaltung von Entlastungszeugen auf Sachrücken hinter die Ackermauern warf, diese Klassenjustiz verlagert, schert, wenn es sich um die Verfolgung und Ergründung von Menschenhändlern und Mördern handelt, die ihre Schandtaten an revolutionären Arbeitern, eben den Opfern der Klassenjustiz, ausübten. Der hürgerlichen Presse sind die Aussagen der Zeugen über die Schandtaten unbedeuten. Dieselbe Presse, die über die Zeugenvernehmung von Sebering und Höring halblängliche Berichte veröffentlicht hat, schweigt, wenn es darum geht, die ganze Schmach und Mordtätigkeit der Höringbanden zu enthüllen.

Wohl wird noch der Untersuchungsausschuss seine Arbeit fortsetzen, dem Proletariat muß es aber klar sein, daß die erste Voraussetzung für eine Sähe all der unschuldig Gemordeten nirgendwo anders liegt als in der Sicherung einer von allen Reaktionsären gesäuberten Justiz, einer Rechtsprechung, die mit leidenschaftlich alle jene trifft, die Hunderte von Arbeitern gemeuchelt haben.

Wir beginnen in folgendem mit dem Abdruck eines heno-graphisch aufgenommenen Berichtes aus dem Untersuchungsausschuss.

Als erster Zeuge wird Julius Zettel über die Erschießungen in Bischofsrode vernommen.

Vorl.: Was haben Sie darüber mitzuteilen?

Zeuge: Ich habe gesehen, daß 7 Mann erschossen worden sind. Es schwärmten etwa 50 Sipomannschaften aus und gingen nach dem Hamburger Wege, wo ich wohne. Ich konnte sie durch das Fenster beobachten, und in diesem Moment kamen fünf Mädchen in mein Haus gelaufen. Sie waren etwa zwei Minuten in meinem Hause, als die Schupo hinterher kam. Sie wurden mit hochgehobenen Händen hinausgeführt. Dann sind die sieben Mann in eine Reihe gestellt worden: rechts und links wurde alles frei gemacht und sie sind dann erschossen worden.

Vorl.: Haben Sie das gesehen?

Zeuge: Das habe ich gesehen.

Vorl.: Waren die fünf Mann, die in ihr Haus geflüchtet sind, Waffen bei sich?

Zeuge: Nein, aber Infanteriemunition hatten sie bei sich.

Vorl.: Nennen Sie die fünf Personen?

Zeuge: Die fünf Mann waren aus Bischofsrode, das liegt etwa dreiviertel Stunden von Bischofsrode entfernt.

Vorl.: Wissen Sie, weshalb die fünf Mann geflüchtet sind?

Zeuge: Nein.

Vorl.: Haben sie Widerstand geleistet?

Zeuge: Nein, sie haben geharrt um ihr Leben.

Vorl.: Wo sind die fünf Mann hingeführt worden?

Zeuge: Etwa 50 Meter von meinem Grundstück entfernt.

Als sie erschossen wurden, mußte ich zum Hauptmann kommen.

Vorl.: Wissen Sie, was das für eine Hundertschaft war?

Zeuge: Nein.

Vorl.: Wie ordneten Sie den Fahrer von den Leuten der Schupo, die die Leute erschossen haben?

Zeuge: Das war ein Hauptmann.

Vorl.: In der Handmann auch bei der Erschießung zugegen gewesen?

Zeuge: Ja.

Vorl.: Waren vorher Kämpfe auf der Straße?

Zeuge: Ich habe keine gesehen.

Vorl.: Haben Sie gesehen, daß geschossen wurde?

Zeuge: Ich habe bloß gesehen, daß die Schupo erschossen hat.

Vorl.: Die Leute flüchteten sich in Ihr Haus?

Zeuge: Ja.

Vorl.: Dann haben die Leute doch etwas gesagt, sie sind doch nicht ohne weiteres in Ihr Haus gekommen? Ich möchte Sie dann noch fragen, welcher Parteiorganisation Sie angehören?

Vorl.: Diese Frage möchte ich beantworten. Ich habe noch wie solche Fragen gestellt.

Vorl.: Können Sie die Zeit angeben, die zwischen der Ergreifung der Hühnerlinge in Ihrem Hause und der Erschießung gelegen hat?

Zeuge: Das hat keine fünf Minuten gedauert.

Vorl.: Haben Sie die 5 Mann, die in Ihr Haus geflüchtet sind, persönlich gekannt? (Der Abg. zeigt dem Zeugen die

Zeitschrift „Die Woche“, Sest 14 vom Jahre 1921, in der sich auf Seite 216 ein Bild mit den Erschossenen befindet, und fragt ihn, ob die abgebildeten zwei Männer unter den Erschossenen gewesen sind.)

Zeuge (bestimmt): Ja, das sind die beiden Männer.

Vorl.: Wußten Sie bereits vorher, daß die beiden Männer, die unter den Erschossenen gewesen sind, in der „Woche“ abgebildet sind?

Zeuge: Nein. Ich sehe das Bild heute zum ersten Male und habe die beiden sofort wiedererkannt.

Vorl.: Sie haben selbst gesehen, daß die Leute Munition bei sich hatten?

Zeuge: Ja.

Vorl.: Ist die Erschießung von der Schupo ganz unregelmäßig vorgenommen worden oder ist eine besondere Kompanie zusammengestellt worden?

Zeuge: 10 Mann haben sich ordnungsgemäß nebeneinander aufgestellt.

Vorl.: Nur die 10 Mann sind angetreten oder die anderen auch?



Das 7. November-Schiff.

Der Plan des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, an dem diesjährigen Jahrestag der russischen Revolution, am 7. November, ein eigenes größeres Schiff mit Lebensmitteln für die Hungernden nach Rußland zu senden, hat überall begeisterte Zustimmung gefunden.

In allen mitteleuropäischen Ländern arbeiten die einzelnen Landeszentralkomitees, Spenden zu dem Schiff, das am Nachmittag des 7. November Stettin verlassen soll, beizusteuern.

Das Hilfskomitee der kommunistischen Partei Pollands hat

200000 kg Roggenmehl geschickt,

das bereits in dem Hamburger Hafen angekommen ist.

Von der Schweiz sind

150000 kg Maggfluppen

im Anrollen und dazu 80 große Kisten voll Werkzeuge, Kleider, Schuhe usw.

Ebenfalls ist ein größerer Posten gesammelter Kleider aus Belgien unterwegs.

Das tschechoslowakische Komitee wird **mehrere Wagen Juter**

senden. Aus allen deutschen Bezirken werden Kisten voll Werkzeuge, Kleider und Lebensmittel gesandt.

Die Gelsenkirchener Arbeiterunion hat dem Auslandskomitee zur Ausstattung des Schiffes weitere 15000 Mark, der spanische Bauarbeiterverband 20000, das schwedische Hilfskomitee 100000 Mark, die Genfer Sektion der Clarie 9000 Mark, das schweizerische Komitee 1 Million Mark usw. überwiesen.

Überall arbeiten und rüsten die Hilfskomitees und Organisationsstellen auf das eifrigste, das 7. November-Schiff der mitteleuropäischen Arbeiter reich und groß auszustatten und zu füllen.

Sendungen, die mit dem Schiff weg sollen, sind sofort bei dem unterzeichneten Komitee anzumelden und bis zum 4. November in seinem Lagerhaus, Max Andre, Stettin, Grabbezirk, Quai Schuppen 5, einzuliefern.

Für das Auslandskomitee:

Der Sekretär: **Willy Münzenberg,**

Berlin, Widingufer 3.

(Alle Sendungen und Zuschriften sind persönlich an W. Münzenberg zu adressieren.)



Zeuge: Die anderen standen im Halbkreis herum.

Vorl.: Wer gab das Kommando zum Feuer?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Vorl.: Ich möchte nun noch Ihre Personalien feststellen.

(Der Zeuge heißt Julius Zettel von Berni Bergmann, am 27. Sept. 1884 geboren und wohnt in Bischofsrode, Haus Nr. 9.)

Vorl.: Haben Sie gesehen, daß alle Leute Munition bei sich hatten?

Zeuge: Ja.

(Der Zeuge wird entlassen und soll demnächst später vernommen werden.)

Zeuge Landwirt Seelig aus Bischofsrode.

Zeuge Ludwig Seelig, Landwirt, Bischofsrode, Haus Nr. 7, geboren 16. November 1883 zu Bischofsrode, führt auf die Frage des Vorsitzenden, was er über Mißhandlungen und Erschießungen Gefangener anlässlich der Märzparade wisse, folgendes aus: (Es soll sich um 7 oder 8 Geschütze handeln.)

Es war am 1. Märzfesttage, abends nach 5 Uhr. Ich war bei einem Fleischermeister. Auf dem Heimwege hörte wir Schüsse, Artilleriegeschütze, dann knallte plötzlich mehrere Schüsse. Als wir nach dem Garten kamen, da schwärmte Schupo über das Feld aus. Ein junger Mann, der dort stand, zog sein Leuchtband und wollte damit nach der Schupo. Die Schupo ließ dann nach uns, weil wir im Garten standen. Die Schupo hatte sich dann nach der Richtung des Zeitlichen Hauses gewandt. Etwa 20 Mann, darunter auch einige Reiter, kamen nach dem Schiffe. Und als die Schupo wieder auf der Dorfstraße erschien, da macht sich ein einziger Bauer bemerkbar hinter dem Dorf, hinter dem Gut. Von 300 Meter weg hörten wir Feuer, Infanteriegeschütze. Wir gingen dann hinten herum und wie wir nach der Tür kamen, da sehe ich an der Feldhecke einige Arbeiter anstehen, wieviel es waren, kann ich nicht sagen. Die Schupo ließ auf die Leute. Sie gingen dann in das Haus des Zettel. In der Zeit bin ich fortgegangen, der Fleischermeister war ebenfalls bei mir. Und als ich am hellen Tag herkam, war, wieviel es Schütze von der Sipu entfernt, machten sie die Arbeiter heranz. Wieviel es

waren, kann ich nicht sagen. Sie brachten sie an geführt und schoben sie vor sich hin. Einer von diesen heißt Dietrich. Ich erkannte ihn, als ich ihn später tot sah, an den gelben Samtsachen, die er getragen hat. Ein Schupoarbeiter nahm dem Dietrich Patronen aus der Tasche, dann riefen sie „Hände hoch“, 20 Schritte von mir stellten sich etwa 20 Schuttpolizeibeamte hin. Die Arbeiter wurden beiseite geschoben, dann knallte es und die Gefangenen brachen zusammen. Als die Schupo weg war, etwa nach 10 Minuten, sah ich 7 Arbeiter daliegen, zwischen ihnen den Dietrich. Dem hatten die Schupo die gelben Samtsachen und auch die Schuhe ausgezogen.

Am 2. Märzfesttage kam mein Bruder, der Nachtwächter und Totengräber ist. Er sagte mir, sie sollten die Erschossenen holen, ob die Arbeiter sich daran beteiligen wollten. Ich bin mitgegangen, da haben wir sieben weggeholt. Der achte lag etwa 600 Meter weiter ab unten. Es war ein junger Mensch von etwa 19 Jahren, den ich nicht kenne. Einer war aus Helbra mit einem polnischen Namen.

Vorl.: Haben die Leute, die von der Scheune weg-liefen, mitgekämpft?

Zeuge: Otto Kühne, Bergmann, hat mir gegenüber geäußert, daß er von seinem Gehöft gesehen hat, daß die Leute mit Gewehren gegen die Schupo gekämpft haben. Ob es jedoch dieselben Leute, die erschossen wurden, sind, kann ich nicht sagen.

Vorl.: Sind Sie in der Angelegenheit der Erschießungen schon gerichtlich vernommen worden?

Zeuge: In der Sache nicht.

Vorl.: Wissen Sie, von welcher Abteilung die Schupo war?

Zeuge: Auf mein Befragen hörte ich, daß sie aus Düsseldorf seien.

Vorl.: Haben Sie die Erschießung genau beobachtet?

Wissen Sie, wer das Kommando gegeben hat?

Zeuge: Ich habe kein Kommando gehört.

Vorl.: Waren die, welche die Erschießung vornahmen, angetreten?

Zeuge: Das kann ich so genau nicht sagen. Sie haben durcheinander gestanden. Die Arbeiter hatten nicht einmal Zeit, die Hände hochzuheben, so schnell ging die Erschießung.

Vorl.: Wie standen die Erschossenen?

Zeuge: In einer Reihe, mit dem Gesicht nach der Schupo. Die Arbeiter lagen nachher tot durcheinander, einer hatte die Hände hochgehoben. Einer lag etwa 10 bis 15 Schritte davon. Da er noch nicht gleich ganz tot war, gaben sie noch zwei Schüsse mit der Pistole auf ihn ab.

Vorl.: War es noch hell, als die sieben erschossen wurden? Wissen Sie, wie der achte Mann zu Tode gekommen ist?

Zeuge: Nein.

Vorl.: Zeigt ihm das Bild in der „Woche“ mit abgebildeten Erschossenen.

Zeuge: Einer von den sieben Erschossenen ist sicher Pawlad. Es ist der am rechten äußersten Bildrand befindliche.

Kilian: Können Sie uns die Zeitspanne angeben, die zwischen der Ergreifung der Leute im Zettelschen Hause und der Erschießung lag?

Zeuge: Es waren kaum zwei Minuten. Die Leute liefen übers Feld in Zettels Haus hinein. In dem Moment, als ich hinzutram, das sind vielleicht 200 Schritt, holten sie die Leute heraus, schoben sie vor sich her und dann knallte es auch schon. Es sind also höchstens zwei Minuten vergangen.

Hierauf entspinnt sich ein Disput zwischen dem Abg. Liebnecht und dem Vorsitzenden über die Vereidigung der Zeugen, in dessen Verlauf Genosse Kilian den Antrag stellt, die Zeugen, die über die Grausamkeiten der Sipu aussagen, zu vereidigen. Man einigt sich dahin, daß die Vereidigung der Zeugen nach Abschluß der ganzen Vernehmung vorgenommen werden soll, worauf Genosse Kilian seinen Antrag zurückzieht.

Der nächste Zeuge ist der

Arzt Sanitätsrat Dr. Hagemann aus Gisleben.

Vorl.: Sie sollen uns über die Erschießungen in Bischofsrode etwas erzählen. Haben Sie von diesen Vorgängen persönlich etwas gesehen?

Zeuge: Ich habe die Leichenbesichtigung vorgenommen, die Erschießung habe ich nicht gesehen. Die Leichen wiesen ein, zwei, drei, einige sogar vier bis fünf Schüsse auf. Woher die Schüsse stammen, weiß ich nicht, es wurde gesagt, die Betroffenen seien standrechtlich erschossen worden.

Vorl.: Von wem sind Sie beauftragt worden, die Leichenbesichtigung vorzunehmen?

Zeuge: Von der Polizeibehörde. Die Leichen mußten zur Bestattung freigegeben werden und insoweit mußte ein Totenschein ausgestellt werden.

Vorl.: An wen haben Sie das Protokoll über den Leichenbefund abgeliefert?

Zeuge: Der Amtsvorsteher von Wimmelburg hat das Protokoll bekommen. Die Leichen waren schon, als ich sie besichtigte, nach der Leichenhalle geschafft; es war bereits drei bis vier Tage später. Ich habe die acht Leichen nur angesehen, eine Obduktion habe ich nicht vorgenommen.

Vorl.: Was haben Sie an den Leichen bezüglich der Todesursache festgestellt?

Zeuge: Verschiedene hatten Kopfschüsse, einige Bauch- und Brustschüsse. Die Todesursache waren bei sämtlichen Leichen Schußwunden.

Vorl.: Welche Leichen hatten einen und welche vier bis fünf Schüsse?

Zeuge: Die meisten Toten hatten mehrere Schüsse.

Vorl.: Haben Sie etwas über die Richtung der Schüsse festgestellt, ob die Schüsse von hinten oder von vorn abge-gelassen worden sind?

Zeuge: Daran habe ich nicht so geachtet. Die meisten Schüsse waren von vorn, einzelne waren seitlich, bei einem Kopfschuß.

Vorl.: Waren die Schüsse überwiegend unbedingt tödlich?

Zeuge: Das kann ich nicht so bestimmt sagen. Die Kopfschüsse waren wohl sofort tödlich.

Vorl.: Ich weiß aus dem Falle, daß Schußwunden im Nacken nicht immer tödlich sind, wenn aber jemand standrechtlich erschossen wird, sie wohl absolut tödlich sind.

Genosse Kilian: Sind Sie schon von der Polizei oder vom Amtsvorsteher vernommen worden?

Zeuge: Nein.

(Fortsetzung folgt.)

Stegerwald kündigt die große Koalition an.

Das Großkapital ist nicht müde, Stein um Stein wird zusammengetragen, um den Bau zu errichten, in dem Stinnes thronen soll. Das erste Kabinett Wirth ist durch das zweite, die Regierung der „Persönlichkeiten“, ein Gebilde, das von der Gnade der Stinnespartei abhängt, ersetzt worden. Jetzt wird die große Koalition, die offene Stinnesregierung, angeündigt.

Den Reigen führt der preussische Ministerpräsident Stegerwald an. Gewiß ein berufener Mann: seit Jahr und Tag vertritt er die „Politik der Mitte“ und hat erst neulich in Essen ausführlicher als irgend jemand das Programm einer Stinnesregierung aufgestellt. Sozialdemokraten und Unabhängige frohlockten darüber, daß sie mit Hilfe des Zentrumsmannes Wirth die Gefahr der großen Koalition abgewehrt hätten. Der Zentrumsmann Stegerwald, der Leiter des größten deutschen Bundesstaates, aber erklärt:

„Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß!“

Die große Koalition muß nach Stegerwalds Ansicht kommen, weil das Reparationsprogramm gelöst werden muß. Die Steuern müßten beschafft werden, die Markt müßte gehoben werden. Den letzten Satz hätte sich Stegerwald sparen können. Er hat selbst in Essen erklärt, daß der niedrige Markkurs bei der Wirtschaftskrise in England die beste Voraussetzung für Erfolge der auswärtigen Politik Deutschlands biete.

Es handelt sich bei den Steuern um etwas anderes. Verbrauch und Besitz sollen aus stärkster Belastung werden. In Essen hat aber Stegerwald jeden Eingriff in die Substanz abgelehnt. Es bleibt also der Verbrauch. Das heißt, daß die Steuerlasten im wesentlichen durch indirekte Steuern durch die breiten Massen der Arbeitenden aufgebracht werden sollen.

Die Abwälzung der ungeheuren Steuerlast auf die Arbeiter soll die Lebenshaltung der Arbeiter heruntersinken, soll wie ein Schutzoll dem deutschen Kapital ermöglichen, auch weiterhin jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu unterbieten und die jetzigen durch die Wirtschaftskrise in den anderen Ländern geschaffenen Zustände zu bereinigen. Die Abschaffung des Höchstuntertages, die auch im Programm der Stinnes steht, liegt in derselben Linie. Den Hebel zu dieser Politik bietet die Erfüllung der Reparationsforderungen. Aber indem die deutsche Bourgeoisie Erfüllungspolitik treibt, schafft sie die Voraussetzungen für die Nichterfüllung, für eine selbständige auswärtige Politik. Schon jetzt wechseln die Trabanten von Stinnes vertrauliche Blicke mit den englischen Kapitalisten.

Das ist die Politik der großen Koalition. Sie ist die vollständige Liquidierung der Revolution, weil sie die Restauration des deutschen Imperialismus sein soll.

Was soll aber die SPD. in der großen Koalition?

Stegerwald sagt: „Wir stehen zudem vor einem sehr schlimmeren Frühommer. Unter diesen Umständen wird die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung bald erfolgen müssen.“

In schlechtem Deutsch ausgedrückt, bedeutet das, daß die SPD-Führer durch ihre Teilnahme an der Regierung das Proletariat vor jeder Auflehnung gegen die Pläne des Großkapitals abhalten sollen. Der ganze Widerstand der Sozialdemokraten tritt hier zu Tage. Die große Koalition wird nie und nimmer der Sicherung der Republik dienen, sondern nur der Wehrlosmachung der Arbeiter.

Die Arbeiter haben auch diesen Widerstand klar erkannt. In Berlin und in Mainz, in Chemnitz und in Frankfurt, überall haben sozialdemokratische Arbeiter den Versuchen der Führer, eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu schließen, ein weithallendes Nein entgegengestellt.

Es gilt jetzt, dieses Nein in die Tat umzusetzen, die Stinneskoalition zu verhindern. Nur ein Weg kann dies bewirken: der Bruch mit jeder Art von Koalitionspolitik. Die Demokraten sind nur noch eine Fiktion der Deutschen Volkspartei. Der Zentrumsmann Stegerwald ist der beste Interpret Stinnes'scher Gedanken und Wünsche. Man kann nur ein Räthseln dafür übrig haben, wenn die sozialistische Korrespondenz als rettende Macht neben dem Sozialismus den Katholizismus proklamiert. Der Papst, mag er noch so unfehlbar sein, wird wahrlich keinem Arbeiter jetzt helfen. Und auch Wirth nicht.

Nur die eigene Kraft kann das Proletariat retten. Es gilt, die großen Massen zu mobilisieren, um sich die notwendigen Sicherheiten gegen die Gefahr einer Stinneskoalition zu verschaffen.

Die Deutschnationalen in einer Linie mit der Deutschen Volkspartei.

In einer Wahlversammlung in Karlsruhe erklärte der deutschnationale Graf Bepko:

Zu unserer Freude hat die Deutsche Liberale Volkspartei sich unserem Standpunkt im Reichstage angeschlossen, und ich hoffe, daß sich daraus auf lange Zeit die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der beiden Reichtsparteien ergibt. Die Haltung der Demokraten ist unklar. Wir verstehen sie nicht (Heiterkeit). Die Grundsatzpolitik Dr. Wirths ist banal, und ein neuer unabwendbarer Zusammenbruch dieser Koalition steht bevor.

Die Deutschnationalen, die Partei der äußersten Gegenrevolution, die, wie die Sozialdemokraten sie nennen, Partei der

gegenrevolutionären Meuchelmordbanden, solidarisiert sich mit der Stinnespartei.

Jetzt wissen die Arbeiter, was die große Koalition bedeutet und worin die Wirklichkeit hinter ihr steht.

Graf Lerchenfeld, der Monarchist.

Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei hat der jetzige bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, eine Ansprache gehalten, die in mancherlei Hinsicht interessant ist. Nach seinen Worten ist das System Lerchenfeld absolut identisch mit dem System Kahr. Der bayerische Ministerpräsident ist gewillt, nicht nur die Republik gegenüber dem Reich fortzusetzen, sondern auch die Politik der Unterdrückung und der Schilane gegen die Arbeiterschaft Bayerns.

Lerchenfeld ist wie Kahr entschiedener Monarchist. Er erklärt:

„Wir müssen trachten, daß die Fehler der Weimarer Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege wieder beseitigt werden.“

Lerchenfeld strebt also, zwar auf verfassungsmäßigem Wege, die Beseitigung der Reichsverfassung und die Wiedererrichtung der Monarchie an.

Wie „fortschrittlich“ dieser Mann, der Ministerpräsident des zweitgrößten deutschen Bundesstaates, ist, geht aus folgender Aeußerung hervor:

„Ich möchte auch davor warnen, daß auf Grund unserer Wasserkräftausnutzung eine schrankenlose Industrialisierung Bayerns vorgenommen wird. Eine Industrie, die künstlich gepflegt wird, ist eine sozialistische Gefahr.“

Es ist so auch nicht verwunderlich, daß dieser Herr in echt zaristischem Manier verlangt:

„Die sozialistischen Ruhestörer dürften nicht mit solcher Humanität behandelt werden.“

Solch Worte hätte auch ein zaristischer Minister im alten Rußland sprechen können. Daß er es im republikanischen Deutschland wagen darf, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, zeigt, wie es mit der freiesten, fortschrittlichsten Demokratie der Welt tatsächlich bestellt ist.

Helft Sowjetrußland!

Die deutschen Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen.

(11.) Berlin, 27. Oktober. Die Kommissare, die auf Grund der Entennotiz vom 20. Oktober die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit den Polen zu führen haben, sind (neben von dem Reichkanzler ernannt worden. Es sind der frühere Reichsjustizminister Dr. Schiffer und der aus dem Ministerium des Innern ausgeschiedene Staatssekretär Dr. Stegerwald. Die beiden Herren werden sich mit einem Stabe von wirtschaftlichen Sachverständigen umgeben, zu denen u. a. auch Furrer Müllers, der bekannte oberösterreichische Zentrumsgesandte, gehören wird.

Der „Vorwärts“ hat gefordert, daß man zu diesen Verhandlungen „Arbeitervertreter“ sende. Die Zusammensetzung der Delegation zeigt, welchen Einfluß die Sozialdemokratie auf die Regierung hat, an der sie teilnimmt und worin die Wirklichkeit die auswärtige Politik Deutschlands bestimmt.

Die französisch-englische Politik gegenüber Deutschland.

Radel schreibt in der „Pravda“ über die englisch-französische Politik gegenüber Deutschland und sagt, daß hinter den Kulissen ein Kampf großen Stiles tobt.

Im Kampfe gegen England hofft Frankreich Unterstützung auf der Washingtoner Konferenz durch amerikanische Garantien beim Versailler Frieden. „Figaro“ schreibt am 8. Oktober, daß Frankreich Amerika einen französischen Stützpunkt im Stillen Ozean anbiete, um als Gegenleistung für die Errichtung der französischen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent die amerikanische Vorherrschaft im Stillen Ozean zu sichern.

Wenn Japan England gegen Amerika ausspielt, so triumphiert Frankreich mit Amerika gegen England. Amerikas Politik gegen Europa wird sich erst dann entscheiden, wenn Amerika dazu schreiten wird, seine Seemacht im Fernen Osten zu erweitern. Dann wird Deutschland für Amerika Kompensationsgebiet, das Amerika im Falle ernstlicher Unstimmigkeiten mit England Frankreich übergeben wird, um sich dessen Unterstützung gegen England zu sichern. Die Stellung Englands in dieser Frage hängt von der Einschätzung der englisch-amerikanischen Beziehungen im Fernen Osten ab. In letzter Zeit spricht die englische Presse offen von der Unmöglichkeit einer militärischen Lösung der Frage des Fernen Ostens. Besonders die englische Zeitung „The Nation“ entwickelt ein für England pessimistisches Bild der Lage in China, dem Hauptanziehungspunkte des amerikanischen Kapitals, und konstatiert, daß im Falle eines Krieges im Fernen Osten durch verschiedene Umstände die Lage Englands bedeutend schwieriger wäre, als in einem Kriege mit Deutschland.

Die Zuspitzung der vor der Washingtoner Konferenz stehenden Fragen zwingt die englische Regierung, sich den französisch-amerikanischen Beziehungen gegenüber sehr ernst zu verhalten, und wenn es sich auch bloß um Möglichkeiten handelt, müssen doch schon diese Möglichkeiten im Stillen Ozean und in Zentralasien zu sichern, ist England genötigt, Frankreich in Europa Zugeständnisse zu machen, und zwar in der Lösung der oberösterreichischen Frage, und auf eine gewisse Verberung der englischen Politik gegenüber Sowjetrußland zu denken, die für die englische Außenpolitik bald praktisch notwendig wird.

12 Prozent Umsatzsteuer auf das Brot. Weder 2 Prozent noch 2 1/2 Prozent Umsatzsteuer.

Der Reichswirtschaftsrat behandelte gestern die Kapitalverlehrssteuer und die Abänderung des Umsatzsteuerergesetzes. Das abgeänderte Umsatzsteuergesetz sieht bekanntlich eine 2 1/2prozentige Abgabe von allen Umsätzen vor. Das Reich will durch die Erhöhung der Umsatzsteuer den ungeheuren Betrag von 15 Milliarden M. erzielen. Der Reichsfinanzminister bestand auf den 2 1/2 Prozent. Der Reichswirtschaftsrat will die Steuer nur auf 2 Prozent beschränken.

Die Umsatzsteuer wird fast vollständig auf die Arbeitermassen abgewälzt. Beschränkt in der Abwälzung ist nur der kleine Mann: der Kleinbauer, der nicht viel zu verkaufen hat und der Kleinhandwerker. Auch beim Kleinhandwerker bleibt etwas von der Umsatzsteuer hängen. Die großen Kaufleute, Industriellen, Großgrundbesitzer, die Großbauern usw. sind dagegen in der Lage, so gut wie vollständig abzuwälzen.

Wie die Umsatzsteuern auf die Großen und die Kleinen wirken, dafür wurden von einigen Rednern bezeichnende Tatsachen angeführt. Der Konsumvereinsvertreter Bästlein erklärte: Das Brot kostet 7,50 M., im Januar 8 M. Die 3 Prozent Umsatzsteuer müßten vom Müller, Händler, Kommissionär und Bäcker bezahlt werden. Auf das Brot entfallen also insgesamt 12 Prozent Umsatzsteuer! Von der jetzigen Umsatzsteuer werden nur 60 Prozent bezahlt und 40 Prozent unterschlagen. Die Regierung hat sich geweigert, die Lebensmittel von der Umsatzsteuer frei zu lassen. Dr. Zeitlin forderte im Namen der freien Berufe die Verbilligung der Künstler, Schriftsteller und freien Berufe. Sie sollten nicht zur Umsatzsteuer herangezogen werden, wenn ihr Einkommen 50 000 M. nicht übersteigt. Auch dafür hat die Regierung kein Ohr. Der Vertreter des Kolonial-Kleinhandels Gilets lehnte die Umsatzsteuer ab. Der Kleinhandwerker verdiene 60 Pf. am Pfund Butter, die Margarinekonzerne dürften Millionen verdienen. Der Vertreter der Konsumvereine Bästlein beantragte 2 Prozent Umsatzsteuer. Es ist unbegreiflich, wie ein Konsumvertreter, nachdem er selbst die ungeheure brotverleerende Wirkung der Umsatzsteuer dargelegt hat, überhaupt für die Umsatzsteuer stimmen konnte!

Dazu müssen die Konsumvereinsmitglieder Stellung nehmen! Wir Kommunisten lehnen die Umsatzsteuer vollständig ab. Weder 2 Prozent noch 2 1/2 Prozent, noch 3 Prozent. Belastung des Volkes, Erfassung der Goldwerte!

Wir fragen die sozialdemokratischen und die unabhängigen Arbeiter, die Konsumvereinsmitglieder, die Kleinhandwerker und die Vertreter der freien Berufe: Wollt Ihr die ungeheuerliche Umsatzsteuer auf Euch nehmen? Werdet Ihr stillschweigen, wenn Vertreter von Arbeiterparteien, Vertreter von Konsumvereinen für eine Brotverleuerung stimmen?

Die Umsatzsteuer ist in dieser Zeit steigender Lebensmittelpreise ein Verbrechen am arbeitenden Volke. Sie kann nicht ertragen werden, sie muß durch einen Volkssturm zu Fall gebracht werden!

Die deutsche Papiermarkt.

Die Markt hatte an der gestrigen Börse eben begonnen, rapide weiter zu fallen — der Dollar stieg von 173 auf über 190 — als sie auf die Meldung über ein deutsch-amerikanisches Kreditabkommen hin wieder umkehrte. Nach 1 Uhr stand der Dollar wiederum auf 173. Die übrigen Devisen verhielten sich entsprechend. Die Haufe der Wertpapiere hat sich festgesetzt. Die genannten Preise übersteigen alles bisher Dagewesene: Die Nachfrage war sehr stark, angeboten wurde kaum noch etwas. Die Kapitalisten sind froh, das Papiergeld los zu sein und halten die erschöpften Goldwerte fest in den Händen.

Internationale 2 und 2 1/2.

Völliges Scheitern der Einigungsverhandlungen. Nach dem in der „Freiheit“ veröffentlichten Schriftwechsel der Wiener Arbeitsgemeinschaft (Nr. 24) und der englischen Arbeiterpartei (Mitglied von Nr. 2) verlief die Konferenz dieser beiden Körperschaften vom 18. bis 21. Oktober in London völlig ergebnislos.

Henderson, einer der reaktionärsten Führer der 2. Internationale, erklärte, die 2. Internationale sei zwar bereit, sich aufzulösen, um gemeinsam mit der Wiener „einer höheren Gemeinschaft Platz zu machen“, Vorbedingung aber sei die Ausschließung der Kommunisten von der internationalen Einigung des Proletariats.

Die Vertreter der 2 1/2. Internationale dagegen wollen noch nicht auf die scheinrevolutionäre Phrase in der Agitation unter den Massen verzichten. Sie lehnen daher die Ahterklärung und die Einheitsfront gegen die Kommunisten, die sie praktisch in den einzelnen Ländern bereits seit langem durchführen, als theoretische prinzipielle Grundlage für die Internationale ab. Obwohl sie in der Volksgewissenheit und in der Unterstützung der bürgerlichen Regierungen zuweilen sogar die sozialpatriotischen Parteien übersteigen, sind sie mit dem Munde noch weiter für eine „Internationale mit Einfluß der 2. und der kommunistischen Internationale“.

Da eine Einigung mit der Labour Party nicht erzielt werden konnte, scheiterten die Verhandlungen. Ein neuer Beweis dafür, daß die wahre internationale Einheitsfront des Proletariats nicht durch Führerabmachungen im stillen Kämmerlein hergestellt werden kann, sondern einzig durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, wie ihn die kommunistische Internationale führt.

Das Attentat auf Auer. Die polizeilichen Erhebungen über das Revolverattentat auf den bayerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Sozialdemokratische Verein München setzte für die Ermittlung des Täters 5000 Mark Belohnung aus. Die bayerische Staatsregierung hat für die Verhaftung der Täter eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

